

# Riesen im freien Fall

**Energie** Die Stromkonzerne versuchen, ein alarmierendes Gutachten über zu geringe Rückstellungen für die Abwicklung des Atomsektors abzuschwächen.

Es war kurz vor zehn Uhr morgens, als am vergangenen Dienstag in vielen der 28 Stockwerke des RWE-Glasturms in Essen die Angst ausbrach. Überall im Haus hatten Manager und Angestellte auf Monitoren und Smartphones die Entwicklung des Aktienkurses verfolgt. Jetzt, knapp eine Stunde nach Öffnung der Frankfurter Börse, wurden ihre schlimmsten Befürchtungen wahr: Die RWE-Aktie befand sich im freien Fall.

Panikartig stießen Anleger und Fonds an diesem Vormittag die Papiere der großen deutschen Energieversorger RWE und E.on ab. Zeitweise stürzten deren Kurse um über 13 Prozent. Innerhalb weniger Stunden verloren sie über 3,3 Milliarden Euro an Wert. Es war der größte Kurssturz für die Energieversorger seit Jahrzehnten.

Ausgelöst wurden die Verkäufe durch eine Meldung des SPIEGEL, die tags zuvor online verbreitet worden war. Demnach würden die knapp 40 Milliarden Euro Rückstellungen, die die Energieversorger für den Atomausstieg gebildet hatten, möglicherweise nicht ausreichen. Nach ersten Ergebnissen eines von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) in Auftrag gegebenen Gutachtens könnten die Kosten für die Beseitigung der Altlasten und die Endlagerung des Atom Mülls um bis zu 30 Milliarden Euro höher ausfallen.

Für die Analysten war klar: So viel Geld können die ohnehin angeschlagenen Energieversorger derzeit kaum aufbringen.

Der Verkauf der Aktien begann. Für RWE bedeutete das mehr als nur schwere Kursverluste. In Essen kämpfte das Management in diesen Stunden um die Zukunft des Konzerns.

Grund dafür waren die Ratingagenturen, die mit ihren Bewertungen festlegen, zu



**Nuklearer Abfall im Zwischenlager Gorleben:** Deckungslücke von 30 Milliarden Euro

welchen Konditionen sich ein Unternehmen Geld am Kapitalmarkt beschaffen kann. Schon vor einigen Wochen verpasste Standard & Poor's dem wankenden Riesen die miserable Note BBB und einen negativen Ausblick. Mit dem rasant fallenden Kurs und dem sinkenden Unternehmenswert befürchtete man eine weitere Herabstufung. Kredite hätte RWE dann nur noch zu hohen Zinsen bekommen. Das milliardenschwere Handelsgeschäft mit Öl, Kohle und Gas wäre nur noch schwer zu bewerkstelligen gewesen. Die Auswirkungen auf den Konzern und die gesamte Energiebranche wären fatal.

So rotteten sich RWE, E.on und EnBW nach hektischen Telefonaten zu einer Art Task-Force zusammen. Wenig später alarmierten sie die nordrhein-westfälische Landesregierung und das Bundeswirtschaftsministerium über die drohende Gefahr für die Energieversorger.

Gabriel reagierte prompt. In einer schriftlichen Stellungnahme gab er vor, die Zahl von 30 Milliarden Euro nicht zu kennen. Als das nicht half, erklärte der Minister, dass es kein abschließendes Gutachten gebe. Bei den in der Presse genannten Zahlen handele es sich um „unverantwortliche Spekulationen“.

Zeitgleich versuchten die Energieversorger, die Seriosität der von Gabriel beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thornton aus Düsseldorf zu untergraben. Die Prüfer, hieß es hinter vorgehaltener Hand, hätten bei ihrem Szenario mit negativen Realzinsen gerechnet. Das sei unrealistisch und werde in keinem europäischen Land so gemacht. Die eigenen Zahlen seien durch unabhängige Buchprüfer mehrfach bestätigt.

Dank dieses gemeinsamen Kraftakts gelang es RWE und Co., den Kurssturz zu stop-

pen. Bis zum Börsenschluss am Donnerstag konnten die Papiere einen Teil der Verluste wieder aufholen (siehe Grafik).

Doch es ist fraglich, wie lange die beruhigende Wirkung der Rettungsaktion anhält. Denn so oberflächlich, wie die Energieversorger suggerieren, haben die Wirtschaftsprüfer nicht gerechnet. Im Gegenteil: Ihr Stresstest beruht auf nachvollziehbaren Annahmen. So haben die Stromversorger ihre Rückstellungen mit Zinssätzen von bis zu 4,8 Prozent in den Büchern stehen. Warth & Klein Grant Thornton geht von deutlich niedrigeren Zinssätzen aus. Zudem, glauben die Wirtschaftsprüfer, würden die Kosten für den Abriss von Atomkraftwerken und die Endlagerung nuklearen Abfalls wesentlich stärker steigen als die allgemeinen Lebenshaltungskosten. Dies zusammen erklärt die Lücke von 30 Milliarden Euro.

Die Stromkonzerne kennen die Brisanz. Und sie wissen auch, dass sie die Zwischenergebnisse des Gutachtens, das ihnen seit gut einer Woche vorliegt, nicht mehr aus der Welt schaffen können. Nun versuchen sie, in Gesprächen mit Gutachtern und Ministerien weitere Berechnungen ins Spiel zu bringen, um die Prognose zu relativieren. Das Gutachten, so die Strategie, soll als eines von vielen Szenarien seinen Schrecken verlieren.

Verschwunden wird es damit allerdings nicht. Anfang Oktober will Gabriel eine Expertenkommission einsetzen. Im Gespräch dafür sind Manager und Politiker wie der parteilose Chef der RAG-Stiftung, Werner Müller, Exstaatssekretärin Katharina Reiche (CDU) oder der ehemalige grüne Umweltminister Jürgen Trittin und sein NRW-Kollege Johannes Remmel.

Sie sollen auch auf Basis des Düsseldorfer Gutachtens beraten, wie Deutschland nach dem Ausstieg aus der Kernenergie mit den atomaren Altlasten und den Rückstellungen der Konzerne umgeht. Trifft das Szenario der Wirtschaftsprüfer zu, könnte eintreten, was einige Experten längst befürchteten: dass ein großer Teil der Kraftwerke für Kraftwerkbau und Atom Mülllagerung am Steuerzahler hängen bleibt.

Frank Dohmen, Michaela Schießl

